

Heute, drei Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit, bezeichnen sich fast sämtliche Staaten Afrikas als Republiken oder Volksdemokratien. Dennoch sind die demokratischen Freiheiten bisher fast nirgendwo in die Praxis umgesetzt worden. Die Masse der Bevölkerung, die schon die Kolonialverwaltung als Fremdkörper abgelehnt hatte, steht dem neuen Staat nach vielen negativen Erfahrungen voller Skepsis und mit großer Distanz gegenüber. Die gegenwärtige Protestwelle läßt erkennen, daß es an der Basis immer Kritik und Opposition gegeben hat – bei Exilgruppen, Kirchen und in Selbsthilfegruppen und -projekten. So werden gegenwärtig eine Reihe von Nischen der Gestaltungsfreiheit und Selbstverantwortung sichtbar, die der lange Arm der Zentralregierung bisher nicht erreicht hat und in denen wieder in verstärktem Maße Demokratie praktiziert werden kann.

Wirtschaftswachstum und Demokratisierung müssen Hand in Hand gehen

Angesichts der eher undemokratischen Vergangenheit des schwarzen Afrika können die gegenwärtigen Demokratisierungsbemühungen, so zaghaft sie auch noch sind, nur hoffnungsvoll stimmen. Alle Ansätze, den Pluralismus zu fördern und zu erweitern, sollten deswegen unterstützt werden. Wie sich in der Geschichte jedoch immer wieder

gezeigt hat, lauert die Gefahr noch von einer anderen Seite: Alles deutet darauf hin, daß eine funktionierende Demokratie auf einem *Minimum an Wohlstand* aufbauen muß. Zwar zeigt die Entwicklung der letzten Jahre in Lateinamerika, daß trotz des wirtschaftlichen Elends immer noch freie Wahlen stattfinden, doch bleibt die Frage, ob es sich dabei um einen Dauerzustand handelt oder nicht. Denn wenn sich die schlechte Wirtschaftssituation für die Masse der Bevölkerung nicht verbessert, ja sogar verschlechtert, wird der Problemdruck auf die Regierungen immer stärker werden. Politische Schonfristen laufen zu meist schneller ab als wirtschaftliche Gesundungsphasen. Nur wenn es den neuen demokratischen Regierungen in Zukunft gelingt, die Wirtschaftsmisere rasch in den Griff zu bekommen, haben sie eine Chance zum Überleben. Hier setzt die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ein, die sich in den letzten Jahren immer wieder für mehr Markt und mehr Demokratie in den Entwicklungsländern eingesetzt hat. Demokratisierung in Afrika muß deswegen von internationaler *Entwicklungshilfe* und von einer vernünftigen *Schuldenregelung* begleitet sein, um die wirtschaftliche Bürde nicht zu groß werden zu lassen. Denn sollte es mit der Wirtschaft wie bisher weiter bergab gehen, können die neuen Demokratien den vielfältigen Forderungen der Bevölkerung nicht mehr standhalten. Der Ruf nach einem starken Führer käme bald wieder auf, und das Karussell der Militärdiktaturen würde sich wieder weiterdrehen. *Heribert Weiland*

„Eine bürgerliche Gesellschaft führt keinen Krieg“

Ein Gespräch mit Professor Ernst-Otto Czempiel

Die Zeit der militärischen Konfrontation von Nato und Warschauer Pakt in Europa geht zu Ende, die Zeichen stehen auf Abrüstung. Gleichzeitig zeigt der Golfkonflikt, daß der Friede in der Welt bedroht bleibt. Wie muß sich deutsche und europäische Sicherheitspolitik nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes orientieren? Wie kann ein europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten aussehen, das Sicherheit politisch gewährleistet? Darüber sprachen wir mit Professor Ernst-Otto Czempiel, Politikwissenschaftler an der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt internationale Politik. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Czempiel, im Golfkonflikt spielen die Europäer zwar bisher militärisch wie politisch eine Nebenrolle. Aber ist dieser Konflikt nicht doch ein markantes Vorzeichen dafür, daß sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auch für Europa die entscheidenden

den sicherheitspolitischen Probleme in andere Weltgegenden verlagern bzw. sich dort neue Herausforderungen stellen?

Czempiel: Wir haben heute eine Welt vor uns, die nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt und den Gegensatz der beiden Supermächte diszipliniert wird. Dieser Gegensatz hat wie eine Klammer gewirkt, weil die Supermächte ihre Politik in der Dritten Welt entsprechend ausrichteten, und die Dritte Welt dadurch in einem sehr starken Maße in den Ost-West-Konflikt integriert wurde. Nun ist er zu Ende, und die Welt wird zunehmend polyarchisch und multipolar. Es war durchaus zu erwarten, daß unter diesen Voraussetzungen regionale Konflikte stärker auftreten würden, weil regionale Mächte eine größere Bedeutung bekommen, sowohl im Mittleren wie im Fernen Osten. Daß es so schnell gehen würde, hätte ich allerdings auch nicht gedacht. Umso dringlicher wird für die Euro-

päer die Aufgabe, sich auf die geänderte Weltlage einzustellen.

HK: Braucht es in Europa künftig verstärkt militärische Vorkehrungen, etwa durch Bereitstellung von Interventionstruppen für Einsätze in anderen Weltgegenden?

Czempiel: Die Europäer sollten nicht zusammen mit den Amerikanern die Rolle der Weltpolizei spielen. Diese Zeit ist vor allem aus zwei Gründen vorbei: Zum einen reklamieren die verschiedenen Regionalmächte einen Handlungsspielraum für sich, in den Europa nicht militärisch eingreifen kann, und außerdem haben die Gesellschaften auch in der Dritten Welt infolge ihres verbesserten Bildungsstandes heute einen Gestaltungsanspruch, der sich mit militärischer Macht nicht mehr korrigieren läßt. Die Zeit der Kanonenbootpolitik ist zu Ende, das hat nicht zuletzt das Beispiel Vietnam deutlich gezeigt. Der eigentliche Beitrag, den die Europäer und die westlichen Länder insgesamt in Konfliktzonen erbringen können, müßte im Bemühen um die Beseitigung derjenigen politischen Probleme bestehen, die zu militärischen Auseinandersetzungen führen können. Der gegenwärtige Golfkonflikt ist allerdings insofern eine Ausnahme, als wir es mit einer nichtprovozierten Intervention des Irak gegen Kuwait zu tun haben. Die Besetzung Kuweits kann nicht hingenommen werden: im Rahmen des Mandats der Vereinten Nationen sind angemessene Gegenmaßnahmen legitimiert. Es wird aber immer wieder auch Auseinandersetzungen in der Dritten Welt geben, in die der Westen nicht eingreifen kann und auch nicht eingreifen soll.

„Wir können im Moment auf die Militärallianz Nato nicht verzichten“

HK: Das westliche Verteidigungsbündnis hat durch die politischen und ideologischen Veränderungen im bisherigen Ostblock seine bisherige Funktion weitgehend eingebüßt. Die militärischen Potentiale stehen aber noch in erheblichem Umfang bereit. Ergibt sich in dieser Situation nicht fast zwangsläufig die Tendenz, den Nato-Auftrag in Richtung auf außereuropäische Konfliktfelder zu erweitern bzw. umzupolen?

Czempiel: Man muß hier den historischen und den strukturellen Aspekt unterscheiden. Amerikaner und Westeuropäer waren sich bei der Gründung der Nato darüber einig, daß das Bündnis nicht jenseits des Wendekreises des Krebses, also in der Dritten Welt, intervenieren sollte. Das war von beiden Seiten eine Vorsichtsmaßnahme: Die Amerikaner dachten an den europäischen, die Europäer an den amerikanischen Imperialismus. Es sieht nicht danach aus, daß die Nato ihr Einzugsgebiet erweitern wird, und ich bin auch nicht der Meinung, daß sie heute eine solche Erweiterung vornehmen sollte. Strukturell gesehen gebe ich Ihnen allerdings recht: Wir haben eine riesige Militärmaschine, die jetzt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts leerläuft, und die sich natürlich, um nicht abgebaut zu werden, nach anderen Betätigungsfeldern um-

sieht. Ich erkläre mir in gewisser Weise auch so den raschen Zugriff der Amerikaner im Nahen Osten. Auf diese Weise konnte die Militärmaschine zeigen, daß sie erforderlich ist, und daß man sie nicht, was sonst im Kongreß angestanden hätte, über Gebühr kürzen sollte.

HK: Die Golfkonflikt ist aber sicher kein Anlaß dafür, die militärischen Strukturen und Optionen des Westens in Europa in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten ...

Czempiel: Präsident Bush und Außenminister Baker haben schon sehr früh, im Herbst 1989, gleich nach dem Fall der Mauer, interessante Pläne für die Zukunft der Nato entwickelt. Sie wollen die Nato aufrechterhalten, einmal als organisatorische Brücke zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten, zum zweiten als Vorsorge für die unabsehbar lange Zeit der Unsicherheit und Ungewißheit der Entwicklung in der Sowjetunion und in Osteuropa. Darin stimmen die Europäer mit den Vereinigten Staaten überein. Wir können im Moment auf die Militärallianz Nato nicht verzichten. Auch unter der Voraussetzung, daß die Entwicklung so weitergeht, wie wir uns das vorstellen und wünschen, wird man noch etliche Jahre eine Militärallianz brauchen als Rückversicherung für den Fall, daß in Osteuropa, in der Sowjetunion Ereignisse auftreten, die auf unsere Sicherheit durchschlagen.

HK: Aber man muß auch weiterdenken. Wird die Nato nicht doch in absehbarer Zeit in ihrer bisherigen Form überflüssig?

Czempiel: Zweifellos wird die Nato sowohl in ihrer militärischen Funktion wie als Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Europa an Bedeutung verlieren und schließlich auch durch eine andere Konstruktion ersetzt werden müssen. Auch in dieser Richtung hat Präsident Bush schon Andeutungen gemacht: Die Amerikaner sind demnach bereit, mit der Europäischen Gemeinschaft, aber auch mit einer sich herausbildenden politischen Union Europas, stärker zu kooperieren. Damit wird die alte Vision Kennedys von der europäischen Säule der atlantischen Partnerschaft wieder aufgenommen, und so könnte eine neue Konstruktion einer Atlantischen Gemeinschaft entstehen: Ein sich vereinigendes oder jedenfalls stärker kooperierendes Westeuropa, das in einer neu zu strukturierenden politischen Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten dauerhaft die gemeinsamen Interessen bearbeitet.

HK: Und welchen Platz hat in einer solchen Zukunftsvision dann Osteuropa? Der Warschauer Pakt wird als Bündnissystem kaum noch lange Bestand haben. Wie lassen sich dann die bisherigen Satellitenstaaten der Sowjetunion militärisch wie politisch in ein neues Sicherheitssystem einbinden?

Czempiel: Letztlich läßt sich diese Frage nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Neuordnung lösen. Leider macht sich der Westen bislang viel zu wenig Gedanken darüber, wie ein politisches System für ganz Europa aussehen könnte, das als solches Sicherheit garantiert. Bisher

mußten wir Sicherheit im Ost-West-Konflikt durch die wechselseitige Abschreckung der beiden Militäralianzen herstellen. Nach deren Auflösung bzw. Abminderung besteht durchaus die Gefahr, daß Europa sich zurückbildet in eine Konstellation, wie sie bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestand, nämlich ein Europa der Nationalstaaten, das ja extrem konflikthaltig war und auch wieder werden könnte. Es werden sich neue, d. h. eigentlich alte Konfliktformationen in Europa herausbilden, wenn wir dem nicht vorbeugen. Eine Konstruktion Europas, die aus sich heraus Frieden produziert, müßte aus den beiden Bausteinen Symmetrie und Demokratie entstehen.

„Demokratien haben bisher keinen Krieg untereinander geführt“

HK: Symmetrie welcher Größen?

Czempiel: Wir brauchen zwei Größen in Europa, die sich in ihrer Ausstattung und ihren Fähigkeiten einigermaßen entsprechen. Diese beiden Größen sollten dann zusammen in einer gesamteuropäischen Organisation dafür sorgen, daß die Kooperation zwischen ihnen gewaltfrei verläuft. Gegenwärtig stellen wir in der Sowjetunion wie in Westeuropa zwei entgegengesetzte, aber interessanterweise auf das gleiche Ziel zulaufende Prozesse fest, nämlich die Entstehung von stark föderativ oder konföderativ gegliederten Größen. In Westeuropa läuft dieser Prozeß als Verdichtung der Integration der Europäischen Gemeinschaft ab, in der Sowjetunion als Zerfall des sowjetischen Empires in eine konföderative Struktur. Das ist in beiden Fällen zu begrüßen, weil wir aus der Geschichte der politischen Theorie wissen, daß Konföderationen die geeigneten Konstruktionen sind, um einerseits die notwendige Kooperation zum Zweck der Sicherheit und der Verbesserung des Lebensstandards zu gewährleisten, auf der anderen Seite aber Konzentration von Macht zu verhindern. Diese beiden großen Gebilde Westeuropa, die Europäische Gemeinschaft, und die Sowjetunion ließen sich in dem Maße austarieren, in dem es gelingt, die sowjetische Seite wirtschaftlich und technologisch zu entwickeln und zu demokratisieren.

HK: Demokratisierung würde dann verhindern, daß sich die sowjetische Konföderation zu einem übergewichtigen Machtfaktor entwickelt ...

Czempiel: Demokratisierung ist ein entscheidender Strukturbaustein eines neuen Europa. Wenn man die Konflikttänze im internationalen System systematisch analysiert, stellt man fest, daß die wichtigsten Ursachen für Gewaltanwendung zweifellos autoritär-diktatoriale Herrschaftssysteme sind. Andererseits wissen wir, daß Demokratien untereinander bisher keinen Krieg geführt haben. Ein aus zwei großen demokratischen Konföderationen bestehendes Europa würde dann auch den bisherigen Satellitenstaaten der Sowjetunion erlauben, ihren angemessenen Platz zu finden. Sie werden vermutlich

eher zunächst die wirtschaftliche, dann aber vielleicht auch politische Integration mit Westeuropa anstreben.

HK: Könnten dann die europäischen Staaten nicht insgesamt über das bisher vorgesehene Maß hinaus massiv aufrüsten, weil es keinen Gegner mehr gibt, der abgeschreckt werden müßte?

Czempiel: Wenn wir erst eine europäische Ordnung haben, die aufgrund ihrer politischen Strukturen Sicherheit produziert, sinkt der Bedarf an militärischer Sicherheitsleistung erheblich. Er kann im Endeffekt auf Polizeikräfte reduziert werden. Wie wir in Westeuropa schon längst keinen Anlaß mehr haben, für den Fall eines französischen oder englischen Angriffs auf die Benelux-Staaten oder die Bundesrepublik militärisch vorzusorgen, wird Westeuropa in Zukunft keine militärische Vorsorge gegenüber der Sowjetunion mehr treffen müssen. Umgekehrt wird sich die Sowjetunion nicht mehr gegen einen möglichen Angriff von Mitteleuropa aus rüsten müssen.

„Nationale Streitkräfte werden in reduzierter Form bestehen bleiben“

HK: Sollte es dann auch einen gemeinsamen europäischen Rahmen für die verbleibenden militärischen Verbände geben oder sogar so etwas wie eine aus verschiedenen nationalen Kontingenten zusammengesetzte europäische Armee, die die unerläßliche Schutzfunktion ausübt?

Czempiel: Zunächst ist wohl auf absehbare Zeit davon auszugehen, daß nationale Streitkräfte als Ausdruck der Souveränität und als Mittel nationaler Rückversicherung bestehen bleiben, wenn auch nur in reduzierter Form. Das gilt sicher nicht nur für Westeuropa, sondern auch für die bisherigen Ostblockstaaten. Auch sie sind zwar dabei, ihre Streitkräfte zu reduzieren, werden bis auf weiteres aber nationale Armeen behalten. Je weiter die politische Integration in Europa fortschreitet, desto mehr wird es auch auf militärischem Gebiet zu verschiedenen Formen der Kooperation und Integration kommen. So würde dann Westeuropa aus einer Reihe konzentrischer Kreise mit unterschiedlichen Graden der politischen und auch militärischen Integration bestehen. Den Kern würde sicherlich das Sechser Europa mit der Westeuropäischen Union als militärischem Zusammenschluß bilden, gegebenenfalls mit integrierten Streitkräften. Wie sich die Dinge in Osteuropa mittel- und längerfristig entwickeln, ist natürlich schwerer abzuschätzen.

HK: Welche Rolle sollte bzw. könnte dann die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beim Aufbau eines die bisherigen Blöcke ersetzenden und überröhlenden europäischen Sicherheitssystems spielen?

Czempiel: Man sollte die KSZE, wie sie gegenwärtig besteht, nicht überschätzen. Sie ist ja nichts weiter als eine Konferenzfolge. Wenn sich aber Europa aus den symmetrischen und demokratisierten Größen so konstituiert, wie ich es skizziert habe, könnte die KSZE zu einer regio-

nalen Organisation werden, die dann die Sowjetunion mit Westeuropa verbindet. Dabei könnten die USA und Kanada nach wie vor Teil dieser regionalen Organisation sein. Wir hätten dann zwei große Kreise, innerhalb deren sich die Kooperation besonders verdichtet: zum einen die KSZE als Verbindung zwischen Sowjetunion und Westeuropa und zum anderen eine neu strukturierte Gemeinschaft zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten.

HK: Nochmals zu dieser Verklammerung zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten: Welche Funktion könnte sie haben, wenn die militärische Partnerschaft durch Abrüstung und politische Sicherheitsstrukturen an Bedeutung verliert?

Czempiel: Es besteht nach wie vor Anlaß, die große Interessenidentität zwischen Amerika und Westeuropa organisatorisch zu fassen. Außerdem sehe ich aus Gründen der Vorsorge die Notwendigkeit, die amerikanische Sicherheitsgarantie für Europa zu erhalten. Das war auch die ursprüngliche Intention des Nordatlantikvertrags. Der Vertrag ist ja nicht identisch mit der Militärorganisation Nato, die erst später kam. Der Vertrag enthält die wechselseitige Sicherheitsgarantie, die auf unabsehbare Zeit bestehen bleiben sollte. Dazu braucht man den Militärapparat nicht. Die entsprechende Organisation kann abgeschafft werden, aber der Nordatlantikvertrag kann zunächst weiter bestehen bleiben. Das schließt nicht aus, daß er eines Tages ganz aufgelöst wird.

HK: Was könnte dann an seine Stelle treten?

Czempiel: Es wäre eine optimale Lösung, wenn die Vereinigten Staaten und Westeuropa eine regionale Organisation nach Kapitel 8 der Charta der Vereinten Nationen bilden würden. Die Interessenidentität ist groß genug, um eine solche Verbindung zu rechtfertigen. Die Form der regionalen Organisation ließe den Amerikanern und Europäern genügend Handlungsfreiheit, um jeweils eigene Interessen befriedigen zu können. Aber sie würde gleichzeitig das hohe Maß an Interdependenz auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch vertraglich adäquat abbilden.

HK: Sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion werden aller Voraussicht nach nuklear gerüstete Großmächte bleiben. Auch Frankreich und Großbritannien stellen ihre Atombewaffnung derzeit nicht zur Disposition. Welchen Sinn hat aber die nukleare Abschreckung nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes?

Czempiel: Die Nuklearpotentiale schaffen eine besondere Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die auch weiterhin bestehen bleiben wird und bisher teils konfrontative, teils kompetitive und teils kooperative Aspekte in sich trägt. Davon werden beide kaum abgehen. Insofern braucht es also den amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus, der die Beziehungen nach der militärisch-strategischen Seite absichert und gleichzeitig gewährleistet, daß es in Europa und in der Welt keinen Nuklearkrieg der beiden Supermächte geben

wird. Wahrscheinlich wird es in Zukunft weit weniger strategische Nuklearwaffen auf beiden Seiten geben; die Ansätze dafür sind ja gegeben, wenn auch die START-Verhandlungen erneut ins Stocken geraten sind und die Modernisierung der Nuklearwaffen weitergeht. Ganz aufgeben werden aber beide ihre Nuklearbewaffnung nie. Sie sollten es auch nicht, weil diese Waffen ein Mittel zur Kriegsverhinderung der allerersten Klasse darstellen. Aber beide Seiten sind an der Verminderung interessiert, um den mehrfachen Overkill abzubauen, den es für die Gewährleistung von Sicherheit nicht braucht. Ebenso möchten beide Großmächte die Weiterverbreitung der Nuklearwaffen verhindern.

„In Europa sind Nuklearwaffen schlicht überflüssig“

HK: Und was geschieht mit den französischen und englischen Atomwaffen, wenn die beiden Supermächte nuklear abrüsten, aber an einem Minimalbestand festhalten?

Czempiel: Auf absehbare Zeit werden Frankreich und England ihre Nuklearwaffen wohl behalten. Aber wenn der Abrüstungsprozeß der beiden Supermächte weit genug vorangeschritten sein wird, werden auch Frankreich und Großbritannien ihre Nuklearwaffenpotentiale überdenken müssen und auch können. Schließlich hatten diese Potentiale bisher im Ost-West-Konflikt ja nur eine Hilfsfunktion. Sie sollten die amerikanische Nukleargarantie für den Fall aktivieren, daß die Amerikaner in europäischen Augen nicht rechtzeitig genug den Griff zu den Nuklearwaffen gewagt hätten. Wenn sich der Ost-West-Konflikt zurückbildet, wird auch die Notwendigkeit für Frankreich und auch für Großbritannien geringer, diese Funktion ihrer Nuklearwaffen aufrechtzuerhalten.

HK: Sollte ein politisch wie militärisch stärker integriertes Europa sinnvollerweise über ein eigenes, von den Vereinigten Staaten unabhängiges Potential an Nuklearwaffen verfügen?

Czempiel: Ich halte das nicht für erstrebenswert. Ein Nuklearpotential in Europa, das dann ja notwendigerweise so weit verstärkt werden müßte, daß es dem amerikanischen und dem sowjetischen Potential gleichkäme, würde den Rüstungsprozeß in einer ganz unsinnigen und unverantwortlichen Weise neu anheizen. In Europa sind Nuklearwaffen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schlicht überflüssig, weil sie ja hauptsächlich zur gegenseitigen Abschreckung gebraucht wurden. Auch bei möglichen Konflikten in der Dritten Welt nützen sie nichts. Solche Konflikte werden „nur“ mit konventionellen Waffen ausgetragen.

HK: Frankreich und England sind nicht nur nuklear bewaffnet, sie verfügen auch wie die meisten europäischen Staaten über eine einigermaßen ungebrochene Militärtradition. Dementsprechend dürften sie auch im Zeitalter der Abrüstung, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts,

wenig Probleme haben, die Existenz von Streitkräften als Element der nationalen Identität und Souveränität zu legitimieren. Wie sieht es aber damit in der Bundesrepublik aus, deren Streitkräfte von vornherein im Rahmen der Nato, auf dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation aufgestellt wurden?

Czempiel: Ich sehe für die Bundesrepublik hier eine realistische und eine idealistische Perspektive. Die idealistische wäre, daß die Bundesrepublik sich auf ihr Geburtsjahr 1949 und auf ihre bisherige Raison d'état als Wirtschaftsmacht besinnt und sagt, wir sind eigentlich eine bürgerlich-liberale Demokratie, die auf Streitkräfte, wenn es irgend geht, tunlichst verzichten sollte und auch dann verzichten kann, wenn wir in Europa ein System haben, das Sicherheit politisch gewährleistet. Japan hat uns in dieser Beziehung einiges vorgemacht: Dort ist der Verzicht auf jegliche offensive Rolle des Militärs stärker als in der Bundesrepublik in der Verfassung verankert. Außerdem hat Japan auch deutlich gezeigt, wie die geringere Belastung durch Militärausgaben der Wirtschaft zugute kommt.

HK: Aber auch Japan hat eine Armee, auf die es wohl kaum verzichten wird ...

Czempiel: Auch in der Bundesrepublik, das die realistische Perspektive, wird es nicht soweit kommen. Zum einen wird sie als östlichster Staat des Westens und im Rahmen der Nato nicht auf Streitkräfte verzichten wollen. Man muß aber zum anderen auch sehen, daß die 35 Jahre, in denen die Bundesrepublik wieder militärische Potentiale aufgebaut hat, an ihrem politischen und wirtschaftlichen System nicht spurlos vorübergegangen sind. Wir verfügen über eine ansehnliche Rüstungsindustrie mit den entsprechenden Verflechtungen. Unsere Politiker sind seit 40 Jahren darauf geeicht, den Gedanken der Verteidigung sehr hoch zu halten und die Verteilung der Werte danach auszurichten. Es gibt auch in den Streitkräften und den damit verbundenen Bürokratien starke Interessen, die auf die Fortsetzung der Friedenssicherung durch militärische Stärke drängen oder sich jedenfalls radikalen Kürzungen widersetzen. Deswegen wird eine Neuorientierung Zeit brauchen. Ich glaube aber, daß das liberal-demokratische Element in der Bundesrepublik und gerade auch in der jüngeren Generation kräftig genug ist, um diesen Prozeß voranzubringen und zu unterstützen.

„In absehbarer Zeit werden wir zu einer Berufsarmee übergehen können“

HK: Kommt aber nicht durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und das damit verbundene Ende der alliierten Vorbehaltsrechte möglicherweise ein retardierendes Moment ins Spiel? Könnte eine größere und von Souveränitätsbeschränkungen befreite Bundesrepublik das Militär als Element der Staatsraison nicht stärker gewichten als bisher?

Czempiel: Diese Gefahr ist durchaus vorhanden, und ich

vermute, daß sie durch den Beitritt der DDR noch vergrößert wird, weil wir es dort zum Teil noch mit sehr alten Denkstrukturen zu tun haben. Ich bin aber dennoch zuversichtlich, nicht zuletzt aufgrund vieler Beobachtungen bei der Bundeswehr. Es gibt viele Offiziere, die sagen: Wir brauchen nicht mehr Militär, schon gar nicht mehr nationale Streitkräfte, weil sie sich an die Gefahren erinnern, die Deutschland im europäischen klassischen Staatensystem produziert hat. Ich kenne viele Offiziere in der Bundeswehr, die froh darüber sind, daß der Ost-West-Konflikt zu Ende ist, und nach einer zivilen Beschäftigung Ausschau halten. Natürlich kann man nicht von heute auf morgen Hunderttausende von Soldaten entlassen, aber die Zielrichtung hin zum unerläßlichen Minimum an Streitkräften wird doch weithin geteilt.

HK: Das vereinte Deutschland wird aber dennoch in seiner Außen- und Sicherheitspolitik darauf bedacht sein müssen, daß bei den östlichen wie westlichen Nachbarn keine Befürchtungen entstehen ...

Czempiel: Wir werden vor allem von den osteuropäischen Staaten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß sie nichts so sehr fürchten wie die Wiedererstehung eines militärisch starken unabhängigen Deutschland in Mitteleuropa. Wir sollten deshalb alles daran setzen, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Ich sehe die Reduzierung der Streitkräfte auf 370 000 als ein Zeichen dafür, daß die Dinge in Bonn so gesehen werden, und kann nur hoffen, daß es dabei auch bleiben wird, wenn das vereinigte Deutschland die volle Souveränität und Entscheidungsfreiheit wiedererlangt hat. Wichtig ist vor allem auch, daß parallel zur Herstellung der deutschen Einheit die Bundesrepublik die Integrationsbestrebungen verstärkt und sich über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus um eine politische Union Europas bemüht. Diese politische Union könnte dann auch die Verfügungsmacht über die Streitkräfte übernehmen, wenn die Nato in der bisherigen Form einmal nicht mehr existiert. Zu einer Renationalisierung der deutschen Streitkräfte darf es in diesem Zusammenhang nicht kommen.

HK: Bisher konnte man die Existenz der Bundeswehr und die Wehrpflicht mit der sowjetischen Bedrohung legitimieren. Wenn diese Bedrohung wegfällt und militärische Gefahren höchstens noch ganz entfernt drohen, wie soll man dann für den Dienst in den Streitkräften motivieren?

Czempiel: Man kann wirklich niemandem mehr klarmachen, warum ein junger Mann zwölf Monate seines Lebens für eine Institution hergibt, die nicht mehr gebraucht wird. Deswegen glaube ich, daß wir in absehbarer Zeit die Wehrpflicht aufgeben und zu einer Berufsarmee übergehen können. Natürlich ist mir klar, welche Probleme eine Berufsarmee aufwirft. Aber wenn sie Teil einer integrierten westeuropäischen Struktur ist, sind die Gefahren weitgehend gebannt. Eine auf das unumgängliche Minimum beschränkte Berufsarmee als integrierter Bestandteil westlicher Streitkräfte, so könnte ich mir die zukünftige Rolle

des Militärs in der Bundesrepublik vorstellen. Es wird eine marginale, aber nicht ganz verzichtbare Rolle sein.

„Die USA werden immer Weltführungsmacht bleiben wollen“

HK: Lassen sich die Verteidigungsausgaben aber wirklich so einschneidend senken, wie es teilweise erhofft wird? Braucht nicht auch eine zahlenmäßig reduzierte Berufsarmee modernes, technisch ausgefeiltes Gerät?

Czempiel: Wir werden vermutlich die Hälfte der Verteidigungsausgaben durch die Personalreduzierung einsparen können. Ich glaube, daß wir von den jetzt festgelegten 370 000 im Endeffekt bis auf 100 000 Mann heruntergehen können. Dann brauchen wir auch nicht mehr diese Unmengen von Gerät. Viele hochkomplizierte und damit entsprechend teure Waffensysteme sind bei einer ganz auf Verteidigung ausgerichteten Armee nicht mehr notwendig. Die Umrüstung auf die „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ ist ja nach langem Widerstand bei den Militärs in Ost wie West inzwischen weitgehend akzeptiert. Wenn es zu einer europäischen Union kommt, werden wir durch Arbeitsteilung bei der Rüstungsproduktion auch die unheimlich teure Wettbewerbspolitik der europäischen Staaten untereinander beseitigen können. Es wird eine integrierte Rüstungsproduktion geben, die erheblich billiger sein wird. Ich sehe im ganzen ein erhebliches Einsparungspotential.

HK: Welche Auswirkungen hätte eine so massive Ab- bzw. Umrüstung in Europa für die Vereinigten Staaten und ihr Militärpotential? Könnte die Entwicklung auf eine Asymmetrie zwischen den immer noch hochgerüsteten USA und einem minimal gerüsteten Europa hinauslaufen, oder wird von Europa eher eine Sogwirkung in Richtung Abrüstung ausgehen?

Czempiel: Bevor der Golfkonflikt ausbrach, war die Diskussion über eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte in den USA ja schon angelaufen. Der Kongreß war auch schon dabei, das Haushaltsdefizit vor allem durch Streichungen bei den Verteidigungskosten zu decken. Gegenwärtig wird der Kürzungsprozeß durch den Golfkonflikt aufgehalten, der natürlich für Rüstungsindustrie und Militärs eine hervorragende Gelegenheit bietet, um die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der militärischen Potentiale in der gegenwärtigen Größenordnung zu demonstrieren. Dennoch wird es kaum dabei bleiben. Der Golfkonflikt demonstriert ja, daß man zwar schnelle Eingreiftruppen mit der entsprechenden Logistik braucht, aber weder die riesigen Nukleararsenale mit den dazugehörigen Trägersystemen noch die Luftwaffe, sofern sie bisher auf die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ausgerichtet war. Es gibt also ein erhebliches Einsparungspotential, nicht zuletzt auch durch den jetzt möglichen Truppenabzug aus Europa.

HK: Und was geschieht in den kommenden Jahren mit

dem riesigen Militärpotential der Sowjetunion? Schon die finanziellen Zwänge müßten ja dort noch sehr viel stärker als in den USA massive Reduzierungen nahelegen ...

Czempiel: Die Zeichen stehen als Auswirkung des neuen Denkens auch in der Sowjetunion auf Verringerung des militärischen Potentials. Allerdings dürfte der Prozeß länger dauern und mühsamer sein, weil die Integration der Streitkräfte in die zivile Wirtschaft nicht voranschreiten kann, solange es die zivile Wirtschaft nicht gibt. Die Sowjetunion leidet unter mehreren strukturellen Handikaps, die den Prozeß der Abrüstung behindern. Dazu kommt ein wichtiger Unterschied zu den Vereinigten Staaten: Die USA werden immer eine Weltführungsmacht bleiben wollen und deshalb wohl auch größere militärische Potentiale unterhalten als die Westeuropäer, die sich mehr als Finanziers und Handelsorganisation verstehen. Die Sowjetunion ist eigentlich jetzt schon keine den USA vergleichbare Führungsmacht mehr, weder politisch und wirtschaftlich noch militärisch. Natürlich ist nicht vorauszu- sehen, wie sich die Sowjetunion verhalten wird, wenn sie eines Tages einen ökonomischen Unterbau haben wird, der dem einer Weltmacht entspricht. Aber man kann darauf setzen, daß der Prozeß der Konföderierung und Demokratisierung weiterläuft und die Sowjetunion dann ihren Weltmachtanspruch auf diesem Hintergrund überdenkt und neu definiert.

„Durch militärische Intervention läßt sich Frieden nicht erzeugen“

HK: Die Welt besteht nicht nur aus Europa, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Wie lassen sich die militärisch teilweise hochgerüsteten Mächte in der Dritten Welt, etwa Indien oder Pakistan, in ein stabiles System politisch produzierter Sicherheit einbinden? Gibt es dafür überhaupt realistische Chancen?

Czempiel: Der Westen muß vor allem dafür Sorge tragen, daß der wirtschaftliche Aufbauprozeß und damit verbunden auch der Prozeß der Demokratisierung weitergeht. Über alle Staaten hinweg gibt es in der Welt ein Bemühen um Verwirklichung der Menschenrechte. Diese Entwicklung in der Dritten Welt, gerade auch bei den dortigen Großmächten, zu fördern, wäre die beste Friedensvorsorge, die der Westen treffen könnte. Durch militärische Abschreckung und militärische Intervention läßt sich Frieden nicht erzeugen; man kann dadurch nur den Krieg vermeiden oder gewinnen. Frieden schaffen können wir nur durch eine Veränderung der Herrschaftssysteme, durch Demokratisierung und Verbürgerlichung der Gesellschaft. Eine bürgerliche Gesellschaft führt keinen Krieg.

HK: Könnte dadurch auch die Rolle der UNO bzw. ihrer Friedensstreitkräfte zur Lösung von regionalen Konflikten gestärkt werden?

Czempiel: Auf jeden Fall. Es ist bemerkenswert, daß die

UNO seit 1985 und jetzt im Golfkonflikt eine wesentlich größere Rolle spielt als früher. In dem Maß, in dem der Prozeß der Demokratisierung, Zivilisierung und Verbürgerlichung vorankommt, kann die UNO auch den Erwartungen gerecht werden, die man 1945 zu Unrecht, weil zu

früh, in sie investiert hat. Sie könnte dann auf Weltbasis das leisten, was die KSZE regional zu leisten vermag, nämlich dafür zu sorgen, daß die unvermeidlich entstehenden Konflikte kontrolliert, gemanagt werden und nicht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalieren.

Operation ohne Narkose?

In Ostmitteleuropa regen sich nach dem Umschwung alte Ängste

In den ost- und mitteleuropäischen Ländern, die das kommunistische System mehr oder weniger klar abgeschüttelt haben, ist die wirtschaftliche Lage angespannt bis katastrophal. Alte Nationalitätenkonflikte kommen wieder massiv zum Vorschein, die demokratische Neuordnung hat mit erheblichen Erblasten zu kämpfen. Aus österreichischer Sicht zeigt Fritz Csoklich die Gefahrenherde in Ostmitteleuropa auf und fragt nach dem Beitrag, den die Kirchen bei ihrer Bewältigung leisten können.

In Deutschland konzentriert sich die allgemeine Aufmerksamkeit immer stärker auf die konkreten Schwierigkeiten und Probleme des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Um die Ausgangspositionen für die ersten gesamtdeutschen Wahlen wird erbittert gerungen. In Amerika ist man indessen von den Auswirkungen der Krise im Persischen Golf voll in Anspruch genommen. Daneben beschäftigt man sich mit den Perspektiven der Weltpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges, den *George F. Kennan* schon im Vorjahr vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats proklamiert hatte. Der 85jährige Diplomat, der 1946 mit seinem sogenannten „langen Telegramm“ aus Moskau den Beginn des Kalten Krieges signalisierte, erklärte nun unter der stehenden Ovation der Ausschußmitglieder, jetzt sei alles vorbei, das Ende der russischen Revolution sei gekommen. Ein intensives Nachdenken über die Konsequenzen dieser überraschenden Entwicklung hat in den USA eingesetzt.

Eine der aufsehenerregendsten Thesen formulierte in diesem Zusammenhang *Francis Fukuyama*, der in „The National Interest“ in der völligen Erschöpfung aller Alternativen zum westlichen Liberalismus den Triumph des Westens sieht. Nach der Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg sei jetzt auch die zweite große Herausforderung des Liberalismus in diesem Jahrhundert, der Kommunismus, am Ende. In Umkehrung der Vorstellungen von Karl Marx, der am Ende der determinierten Entwicklung der Geschichte die Schaffung eines kommunistischen Utopia voraussagte, in dem alle Gegensätze aufgehoben sein würden, diagnostizierte Fukuyama das Ende der ideologischen Entwicklung der Menschheit, ja das Ende der Geschichte überhaupt. Das bedeute wohl nicht das Ende internationaler Konflikte, es werde immer noch

ein hohes und vielleicht noch zunehmendes Maß ethnischer und nationalistischer Gewalt geben, vor allem in der Dritten Welt. Aber: „Der Kampf um Anerkennung, die Bereitschaft, sein Leben für ein völlig abstraktes Ziel einzusetzen, der weltweite ideologische Kampf, der Wagemut, Tapferkeit und Fantasie hervorbrachte, und der Idealismus werden ersetzt durch wirtschaftliche Kalkulationen, durch die Lösung technischer Fragen und der Umweltprobleme, sowie die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche. In der posthistorischen Periode wird es weder Kunst noch Philosophie geben, sondern nur mehr die ständige Pflege des Museums der Menschheitsgeschichte. Wir selber und andere um uns fühlen eine starke Nostalgie nach der Zeit, in der es noch Geschichte gab.“

In Osteuropa herrscht eine Art Katzenjammer

In Ostmitteleuropa steht man derlei Spekulationen mit einiger Reserve gegenüber. Die These vom Ausstieg aus der Geschichte gilt in jenen Regionen Europas, die wiederholt Opfer von Absprachen der Großmächte waren und seit Generationen die Last der Geschichte und ihre verhängnisvollen Folgen zu tragen haben, als ein theoretisches Glasperlenspiel. Und in Ländern wie in Polen, wo die Durchschnittsmonatslöhne mittlerweile auf 120 bis 150 DM gefallen sind, müssen Zukunftsvorstellungen, man werde sich künftig auf die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche konzentrieren, als weltfremde Überlegungen westlicher Exzentriker gelten.

Tatsächlich hat die Befreiung von der kommunistischen Herrschaft in den Ländern an der Moldau, der Weichsel und der Donau nach einer rasch verrauchten Euphorie unter dem Eindruck übermächtiger Sorgen und Probleme eine Art *Katzenjammer* erzeugt. Der Beginn der freien Marktwirtschaft in zahlreichen Oststaaten hat zunächst vor allem *negative Seiten des westlichen Systems* importiert: Soziale Polarisierung, rapide Verarmung breiter Schichten, Arbeitslosigkeit, Skandalpresse nach westlichem Muster, Sex and Crime sowie Porno- und Horror-Videos. Die soziale Notlage breiter Schichten gesellt sich auf diese Weise zu den jetzt in aller Schärfe wieder hervortretenden